



Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Postfach 3880, 55028 Mainz

An den Präsidenten des  
Landtags Rheinland-Pfalz  
Herrn Hendrik Hering  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

Der Präsident des Landtags

27. 05. 2019

Präsident	Direktorin	Bürol. Präs.
Abt. Z	Abt. P <input checked="" type="checkbox"/>	Abt. K
WD	AZ	

BEVOLLMÄCHTIGTE DES  
LANDES BEIM BUND UND  
FÜR EUROPA, FÜR  
MEDIEN UND DIGITALES

Staatssekretärin  
Heike Raab

E-Mail: vz.raab@stk.rlp.de

Mein Aktenzeichen  
Ref. 253-1  
Bitte immer angeben

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail  
Heike Raab  
vz.raab@stk.rlp.de

Telefon / Fax  
06131 / 16 - 4100  
06131 / 16 - 4107

23. Mai 2019

## Bericht über die 134. Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom 10. bis 11. April 2019

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

*liebes Hendrik,*

gemäß Ziffer III. 5. b. der „Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung gem. Art. 89b der Landesverfassung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung“ übersende ich beigefügt mit der Bitte um Weiterleitung an den zuständigen Ausschuss eine Information über die Ergebnisse der 134. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen vom 10. April/11. April in siebenfacher Ausführung.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab

An die  
Mitglieder des Ausschusses für Europafragen  
und Eine Welt  
- Unterrichtung nach Art. 89 b LV i.V.m. der  
hierzu geschlossenen Vereinbarung  
Behandlung gem. § 65 GOLT -



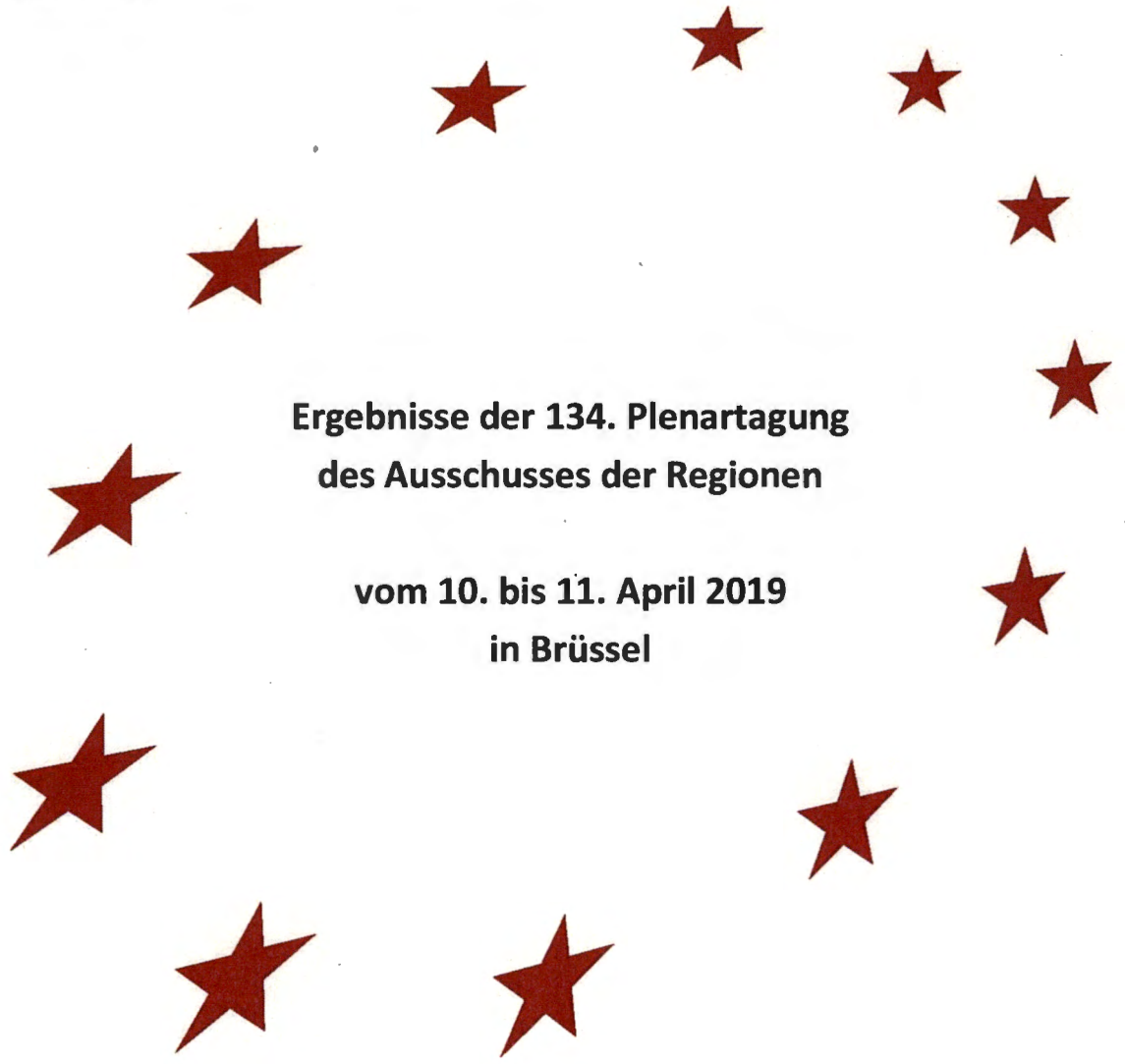
**Rheinland-Pfalz**

STAATSKANZLEI

## AUSSCHUSS DER REGIONEN

---

**Die Bevollmächtigte  
des Landes beim Bund  
und für Europa, für Medien und Digitales  
informiert**



**Ergebnisse der 134. Plenartagung  
des Ausschusses der Regionen**

**vom 10. bis 11. April 2019  
in Brüssel**

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesvertretung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

**Herausgeberin:** Die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz  
Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz  
Tel. 06131/16-0  
E-Mail: [Poststelle@stk.rlp.de](mailto:Poststelle@stk.rlp.de)

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund  
und bei der Europäischen Union,  
In den Ministergärten 6, 10117 Berlin,  
Tel. 030/7 26 29-1000,  
E-Mail: [Poststelle-EU@lv.rlp.de](mailto:Poststelle-EU@lv.rlp.de)

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Brüssel,  
60, Avenue de Tervuren,  
B-1040 Brüssel,  
Tel.0032-2-736.97.29,  
E-Mail: [europe@stk.rlp.de](mailto:europe@stk.rlp.de)

**Auf der 134. Plenartagung wurden zwei Stellungnahmen verabschiedet. Es gab drei Diskussionsrunden mit Mitgliedern der Europäischen Kommission.**

### **Mittwoch, 10. April 2019**

#### **TOP 1. Start der Initiative „Städte und Regionen für die Integration von Migranten: Gemeinsam für ein inklusives Europa“**

Ausführungen von **Dimitris Avramopoulos**, für Migration, Inneres und Bürgerschaft zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission

Ausführungen von **Valeria Mancinelli**, Bürgermeisterin von Ancona, zur Weltbürgermeisterin 2018 gekürt

Ausführungen von **Jacek Sutryk**, Bürgermeister von Breslau, Polen

Ausführungen von **Annika Tännström**, Vertreterin der Region Västra Götaland, Schweden

Seit 2015 hat der Europäische Ausschuss der Regionen in der gesamten Europäischen Migrationsagenda eine ganze Reihe von Empfehlungen abgegeben. Das Komitee möchte nun einen besonderen Aspekt der Migration – die Integration - in Betracht ziehen, in dem lokale und regionale Behörden von entscheidender Bedeutung sind. Die Initiative soll Regionen, Städten und kleineren Gemeinden eine Plattform zum Erfahrungsaustausch bieten.

#### **TOP 2. Das Europäische Semester und die Kohäsionspolitik: Abstimmung von Strukturreformen auf langfristige Investitionen, COR-2018-05504-00-00-PAC-TRA – ECON-VI/040, Berichterstatter: Rob Jonkman (NL/EKR), Ausführungen von Iskra Mihaylova, Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI) des Europäischen Parlaments, Ausführungen von Alfred Sant, Mitglied des Europäischen Parlaments**

Der rumänische Ratsvorsitz hatte den AdR um eine Stellungnahme zur Verbindung zwischen den regionalen Entwicklungsstrategien im Rahmen der Kohäsionspolitik und den länderspezifischen Empfehlungen ersucht:

Im aktuellen Programmplanungszeitraum (2014-2020) hat die Europäische Kommission damit begonnen, das Europäische Semester und die Kohäsionspolitik enger aufeinander abzustimmen, und will so bewirken, dass die länderspezifischen Empfehlungen stärker als bisher aufgegriffen werden. Im nächsten Programmplanungszeitraum (2021-2027) soll darüber hinaus diese Koordinierung verbindlicher werden und die länderspezifischen Empfehlungen bei der Annahme von Partnerschaftsvereinbarungen und Kohäsionsprogrammen berücksichtigt werden. Die Abstimmung der Instrumente bietet Gelegenheit, die Belange der Städte und Regionen im Europäischen Semester verstärkt zu berücksichtigen. Zugleich droht jedoch eine

Zentralisierung der Kohäsionspolitik, wenn die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften keinen festen Platz in diesem Verfahren haben.

### **TOP 3. Meinungsaustausch „Auf dem Weg zu einem künftigen Haushalt, der unseren Zielen entspricht.“**

**Jean Arthuis**, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments

**George Ciamba**, beigeordneter rumänischer Minister für europäische Angelegenheiten, Vorsitz des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“, rumänischer Ratsvorsitz

**Isabelle Boudineau**, Vorsitzende der Fachkommission COTER, Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Haushaltsfragen

**Nikola Dobroslavić**, Berichterstatter für „Das Paket für den mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021-2027“

In der Debatte forderten die AdR-Mitglieder, dass die 27 Mitgliedstaaten ihre Beiträge zum EU-Haushalt von 1 % auf 1,3 % des Bruttonationaleinkommens aufstocken, damit die Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts bewältigt werden können. Sie kritisierten sämtliche Kürzungen der EU-Regionalmittel, also bei der Kohäsionspolitik, da mit diesen die Regionen gefördert werden, die am stärksten vom Brexit betroffen sind. Mit Blick auf die laufenden Investitionsprogramme wurde darauf hingewiesen, dass die EU ihren finanziellen Verpflichtungen bis zum letzten Jahr, in dem Zahlungen möglich sind, also bis 2023, nachkommen und so jegliche Kürzung oder Übertragung in den neuen Haushaltszyklus vermeiden muss.

Die Sorgen der Regionen und Städte wurden von MdEP Arthuis voll und ganz geteilt. Er erläuterte die Position des Europäischen Parlaments und beantwortete Fragen der AdR-Mitglieder.

### **Donnerstag, 11. April 2019**

**TOP 4. Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Forststrategie „Eine neue EU-Forststrategie: für Wälder und den forstbasierten Sektor“, COM (2018) 811 final, COR-2019-00973-00-00-PAC-TRA – NAT-VI/041, Hauptberichtersteller: Ossi Martikainen (FI/ALDE)**

In der Stellungnahme fordern die AdR-Vertreter die Europäische Kommission auf, zu prüfen, ob die aktuellen Forstprogramme in der EU noch sach- und zeitgemäß sind. Der Ausschuss hebt die Schlüsselrolle der europäischen Wälder hervor – nicht nur für die Entwicklung der Bioökonomie und die Artenvielfalt, sondern auch für den Übergangsprozess hin zu einer kohlenstoffarmen grünen Wirtschaft in Europa.

Deutschland ist in den Top fünf der walddreichsten Länder der Europäischen Union. Mit 11,4 Millionen Hektar und über 90 Milliarden Bäumen ist knapp ein Drittel der Gesamtfläche Deutschlands mit Wald bedeckt. Waldbesitzer und die für

Forstbewirtschaftung und -verwaltung . zuständigen Akteure, wozu auch die Kommunal- und Regionalregierungen zählen, spielen insbesondere bei der nachhaltigen Waldnutzung eine zentrale Rolle.

## **TOP 6 Die Grundrechte und die Werte der EU**

Ausführungen

**Koen Lenaerts**, Präsident des Gerichtshofes der Europäischen Union

**Frans Timmermans**, Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission, zuständig für bessere Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechtscharta

**Domenica Ghidei Biidu**, stellvertretende Vorsitzende der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats

**Michael O'Flaherty**, Direktor der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

In der Grundwertediskussion betonte Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, dass Städte und Regionen aufgrund ihrer Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern eine entscheidende Rolle bei der Förderung und Achtung europäischer Werte spielen. Sie stünden an vorderster Front, wenn es darum gehe, den Schutz gefährdeter Gruppen durch Ergreifen von Maßnahmen in Bereichen wie Bildung, Vereinigungsfreiheit und freie Meinungsäußerung sowie Sozialpolitik sicher zu stellen.

Koen Lenaerts, Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Union, stellte fest, dass die Europäische Union auf den Werten der Achtung der Grundrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit beruhe. Die Rechtsstaatlichkeit sei ohne Demokratie und Grundrechte ohne Inhalt. Die Charta der Grundrechte stehe an der Spitze der Hierarchie der EU-Normen.

Der erste Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, vertrat die Meinung, dass die Grundrechte auf dem Papier nur dann Realität werden, wenn ihr Schutz von unabhängigen Gerichten sichergestellt wird. Rechtsstaatlichkeit sei nicht nur auf nationaler Ebene von Bedeutung, sondern auch auf lokaler und regionaler Ebene: Leider hätten sich die Anliegen der Rechtsstaatlichkeit in den letzten Jahren in der gesamten Union verstärkt. Diese Entwicklungen hätten die Kommission überzeugt, wie wichtig es sei, alle Instrumente einzusetzen, um die Werte der EU aufrecht zu erhalten.

Titel	AZ	Berichterstatter	Ergebnis
Das Europäische Semester und die Kohäsionspolitik: Abstimmung von Strukturreformen auf langfristige Investitionen, ,	COR-2018-05504-00-00-PAC-TRA – ECON-VI/040	Rob Jonkman (NL/EKR)	mehrheitlich
Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Forststrategie „Eine neue EU-Forststrategie: für Wälder und den forstbasierten Sektor“, ,	COM (2018) 811 final, COR-2019-00973-00-00-PAC-TRA – NAT-VI/041	: Ossi Martikainen (FI/ALDE)	mehrheitlich